

Die neue Klima-Steuer der EU: die grüne Tyrannie beginnt 2027

geschrieben von Chris Frey | 1. Juni 2025

Cap Allon

Bereiten Sie sich darauf vor, für das Atmen zu bezahlen.

Im Jahr 2027 wird die EU die ETS-2 einführen, eine weitreichende Klimasteuer, die jeden Bürger treffen wird. Treibstoff? Wird teurer. Heizen? Höher. Elektrizität? Wieder teurer. Das tägliche Leben in Europa wird durch die als Klimatugend getarnte Bürokratie abgewürgt.

Dabei trägt Europa nur 6% zu den weltweiten CO₂-Emissionen bei.

Was ist ETS-2?

Es ist die Fortsetzung, um die niemand gebeten hat. Das ursprüngliche ETS (Emissionshandelssystem) zielte auf die Schwerindustrie ab. Mit ETS-2 wird der Schaden auf die Verbraucher ausgeweitet. Die Energieversorger müssen nun CO₂-Zertifikate für die Emissionen der Haushalte kaufen – und raten Sie mal, wer die Rechnung bezahlt?

Die Unternehmen werden die Kosten nicht übernehmen. Sie werden sie einfach weitergeben.

Alles, vom Frühstück über die heiße Dusche bis hin zum Ansehen einer Netflix-Sendung, wird mit einer Ökosteuer belegt.

Auf Wiedersehen Freiheit!

Der Wirtschaftswissenschaftler Hans Labohm nennt die ETS-2 „ein wirtschaftliches Folterinstrument“ und fügt hinzu: „Viele Haushalte müssen bei der Ernährung, der Pflege oder beim Wohnen sparen, weil sie ihre Energierechnungen nicht bezahlen können.“

Inflation, Energiearmut und Unternehmensflucht nehmen bereits zu.

Willkommen im grünen Utopia!

Die Überwachung begann im Jahr 2024. Der Würgegriff verschärft sich 2027.

Das ETS-2-System wurde Mitte 2023 Gesetz. Die Verfolgung der Emissionen begann 2024. Bis 2025 müssen die Unternehmen ihre Emissionen melden. Und ab 2027 werden die Gebühren fällig. Dann wird der europäische Klimaplan zu einem Alptraum für die Lebenshaltungskosten.

Beim Klima-Kreuzzug der EU geht es nicht darum, den Planeten zu retten – oder auch nur die Emissionen zu senken. Der CO₂-Ausstoß wird durch ETS-2 nicht sinken, so wie es auch bei den letzten Dutzend Programmen nicht der Fall war.

Hier geht es um Einschränkungen, Geldgier und letztlich um Kontrolle – wie immer.

Europa kann sich selbst in den Bankrott treiben und seine Bevölkerung verarmen lassen, aber es wird keine Delle in den globalen Kohlendioxid-Ausstoß graben. In der Zwischenzeit schreitet Asien voran – es wächst, baut und gedeiht – während der Westen, angeführt von gekauften Führern, sich in den wirtschaftlichen Selbstmord moralisiert...

Link:

<https://fearco.net/eus-new-climate-tax-green-tyranny-begins-in-2027/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

C0₂-Strafsteuern für die Autobranche: So versagt die Klimapolitik

geschrieben von Admin | 1. Juni 2025

Die europäische Autoindustrie muss dieses Jahr wohl Milliarden Euro an Strafsteuern bezahlen. Doch der Widerstand gegen die unerreichbaren C0₂-Ziele wächst. Die Vorgänge zeigen, dass Klimaschutz, sobald er konkret wird, inakzeptable volkswirtschaftliche Schäden erzeugt.

Von Peter Panther

Porsche hat angekündigt, bis 2029 rund 1900 Stellen in der Region Stuttgart abzubauen. Es ist die jüngste Negativmeldung in einer ganzen Serie von Hiobsbotschaften aus der deutschen Automobilbranche: Der US-Autobauer Ford will in Köln etwa 2900 Arbeitsplätze streichen. Auch Audi plant Berichten zufolge einen massiven Stellenabbau. Volkswagen hat erstmals die Schließung von Werken angesagt. Der Automobilzulieferer Schaeffler sieht vor, 4700 Stellen in Europa zu streichen, davon 2800 in Deutschland. Und ZF Friedrichshafen, der zweitgrößte Autozulieferer des Landes, will sogar bis zu 14'000 Arbeitsplätze verschwinden lassen.

Keine Frage: Die deutsche Autobranche befindet sich, wie auch die europäische insgesamt, in der Krise: Ihr setzen vor allem der stockende Absatz an Fahrzeugen allgemein und die Billigkonkurrenz aus China zu. Die Strafzölle, welche die europäischen Autobauer ausrichten müssen, weil sie die gesetzten CO₂-Ziele aller Wahrscheinlichkeit nicht erreichen, könnten den Niedergang jetzt noch beschleunigen. Es dürfte sich um Zahlungen bis zu 15 Milliarden Euro jährlich handeln, wie die Autobranche selber geschätzt hat. Das könnte dieser Industrie das Genick brechen.

Kaputte Solaranlage schwimmt mehr oder weniger auf See.
Scheint nach einem Sturm nicht mehr ganz so nachhaltig...
pic.twitter.com/0YvVUNjg8D

– AldousHuxley (@AHuxley1963) February 13, 2025

Die Realität hinkt den Erwartungen hinterher

In der EU dürfen Neuwagen ab diesem Jahr im Durchschnitt noch 94 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstossen. Bisher waren 115 Gramm zulässig. Dieses Ziel lässt sich nur erreichen, wenn ein beträchtlicher Teil der Neuwagenflotte elektrisch betrieben ist. Schätzungen zufolge müssten zwischen 22 und 28 Prozent der verkauften Automobile Batteriefahrzeuge sein, damit der vorgeschriebene Emissionswert eingehalten werden kann.

Doch die Realität hinkt den Erwartungen meilenweit hinterher. Angesagt war, dass die Elektromobilität rasch immer grössere Marktanteile gewinnt. Letztes Jahr aber ging ihr Anteil sogar erstmals zurück: In Deutschland wurden über ein Viertel weniger E-Autos verkauft als 2023. Der Anteil an den Neuwagen sank von 18,4 auf 13,5 Prozent. Auch EU-weit gingen die Elektro-Verkäufe letztes Jahr um sechs Prozent zurück. Der Anteil der Elektromobilität lag europaweit ebenfalls bei nur 13,6 Prozent.

Wie die Entwicklung 2025 verläuft, ist zwar noch offen. Doch die Vorgabe, dass dieses Jahr europaweit etwa jedes vierte verkaufte Auto elektrisch angetrieben ist, kann bestimmt nicht erreicht werden. Und das geht ins Geld: Die Autoindustrie muss für jedes Gramm CO₂ über der Vorgabe 95 Euro entrichten – pro Fahrzeug. Das dürfte sich insgesamt wie erwähnt zu Milliardenzahlungen summieren – Geld, das die Branche kaum aufbringen kann.

Der Verband der Europäischen Automobilbauer hat schon im letzten Herbst Alarm geschlagen. Es seien «dringende Massnahmen» seitens der EU-

Kommission nötig, um die Klimaziele abzuschwächen. Nur so könne eine existenzielle Krise der Automobilindustrie noch abgewendet werden. Denn die Elektrifizierung der Neuwagenflotte sei im vorgegebenen Tempo nicht machbar, liess der Verband verlauten.

Auch Scholz und Habeck sind für eine Kursänderung

Dieser Forderung haben sich im Dezember die Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Bayern und Baden-Württemberg angeschlossen. In einem Brief an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen forderten sie eine Überprüfung der CO₂-Grenzwerte für 2025.

Inzwischen sprechen sich auch Noch-Kanzler Olaf Scholz (SPD) und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) offen für eine Anpassung der Regelung aus. Anfang Februar hat Frankreich die EU aufgefordert, die CO₂-Pläne zu überarbeiten, um eine Krise der Automobilindustrie abzuwenden. In einem dringlichen Appell forderte das Land, den Zeitplan des europäischen Green Deals um mehrere Jahre zu verschieben. Ansonsten drohe ein «gravierender politischer Fehler».

Bis vor kurzem verhallten solche Aufforderungen in Brüssel wirkungslos. EU-Klimakommissar Wopke Hoekstra verteidigte die CO₂-Strafzölle eisern. Doch in den letzten Tagen scheint Bewegung in die Sache gekommen zu sein: Gemäss Medienberichten zieht die EU-Kommission ernsthaft einen Aufschub der Strafzahlungen für die Autoindustrie in Erwägung. Demnach will die Union dieses Jahr auf CO₂-Zölle verzichten. Überschreitungen bei den Grenzwerten würden aber als eine Art Hypothek behandelt, die in den kommenden Jahren ausgeglichen werden müsste.

Wird das so umgesetzt, gäbe es für die Automobilbranche zumindest eine Verschnaufpause. Doch das Damoklesschwert würde bleiben. Denn die EU sieht vor, die Klimaschraube im Verkehr rasch anzuziehen. 2030 wären demnach nur noch knapp 50 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer erlaubt, 2035 überhaupt kein CO₂ mehr. Doch wie die Branche in nur zehn Jahren zu hundert Prozent klimaneutralen Antrieben bei Neuwagen kommen soll, steht in den Sternen.

Die EU schießt sich ins eigene Knie

Doch was geht hier im Grunde vor? Die Politik hat ein hehres Ziel vorgegeben: Der Verkehr soll bis 2050 europaweit emissionsfrei werden – was bedingt, dass die Neuwagenflotte schon ab 2035 sogenannt klimaneutral ist. Doch die Käufer sträuben sich: Für sie hat die Elektromobilität zu viele Nachteile. Soeben hat ein Test des deutschen Automobilclubs ADAC ergeben, dass E-Autos bei winterlichen Temperaturen zum Teil mehr als die Hälfte ihrer Reichweite verlieren.

Um die CO₂-Ziele dennoch durchzusetzen, bestraft die EU nun die

Autoindustrie mit immer schärferen Zahlungen. Die Strafzölle werden aber kaum dazu führen, dass die E-Mobilität schneller kommt, sondern sie vertiefen vielmehr die Krise der Autobranche und führen zu Deindustrialisierung in ganz Europa. Die EU schießt sich ins eigene Knie.

Das zeigt: Sobald Klimapolitik konkret wird und der Staat sie zwangsmässig durchsetzen will, kommt es zu Konflikten mit den Konsumenten und der Wirtschaft. Die Folge sind massive volkswirtschaftliche Schäden. Es gibt unter Umständen Massenproteste wie die französische Gelbwestenbewegung, welche die staatlichen Traumtänzer auf den Boden der Realität holen. Ein Klimaschutz, der sich nicht an technologischen und ökonomischen Gegebenheiten orientiert, ist zwangsläufig zum Scheitern verurteilt.

Im Windschatten der Immigrations-Debatte: Bundestag beschließt heftige Erhöhung der CO2-Steuer

geschrieben von AR Göhring | 1. Juni 2025

(ARG)

Das Gezerre der CDU und AfD mit den Linksparteien um die Immigration wurde von einigen Beobachtern als „Schauspiel“ tituliert, weil sich im medialen Windschatten dahinter erstaunlich leicht die Abzockerei der Steuerzahler verbergen ließ.

Der CICERO meldet dazu:

„Außerdem schafft der Entwurf die Grundlage für den Übergang in den neuen europäischen Emissionshandel für Verkehr und Wärme („ETS-2“), der ab dem Jahr 2027 eingeführt wird und den deutschen Brennstoffemissionshandel nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) ablöst.“

Na, verstanden? Nein? Sollen Sie auch nicht! Quelle von Habecks Ministerium

Der MERKUR wird da schon deutlicher:

Der neue CO₂-Preis kann damit wie geplant ab 1. Januar 2027 greifen. Bis dahin läuft das bisherige System, das die meisten Verbraucher und Verbraucherinnen schon kennen, weiter. Das sieht folgenden CO₂-Preis vor:

- Seit 1. Januar 2025: 55 Euro pro Tonne CO₂
- Ab 1. Januar 2026: 55 bis 65 Euro pro Tonne CO₂
- Ab 1. Januar 2027: Wechsel zum ETS-II

Wofür das Geld bestimmt ist klar: Mit Sicherheit NICHT für die Umwelt, das Klima oder die Natur – nein, die Schröpfung der Bürger dient dazu, die Haushaltslöcher zu stopfen, die wegen „klimaschützenden Maßnahmen in China“, Radwegen in Peru oder der Northvolt-Pleite Habecks entstanden sind. Außerdem wächst der Umverteilungskomplex der Regenrechts-Kämpfer, Genderforscher*innen und der Thüringer-Kolonialreich-Erforscher immer mehr. Und dann ist da noch ein Krieg in Osteuropa, der von Berlins Untertanen mitfinanziert wird...

Die CO₂-Steuer wird sich vervielfachen und die Inflation drastisch steigern lassen.

geschrieben von Admin | 1. Juni 2025

Die Union stimmt mit den Grünen und SPD dafür und beschleunigt damit dramatisch den Untergang Deutschlands.

von Redaktion

Die Migrationsdebatte war am 31.1.25 nicht die einzige die den deutschen Bundestag beschäftigte. Es waren auch Gesetze, die die CO₂ Steuer vervielfachen und die Inflation in Deutschland drastisch ansteigen lassen wird, weil alles, wirklich alles dadurch teurer wird. Und die Union ebenso wie die Grünen und SPD haben diesem schändlichen Entwurf in der 2. und 3. Lesung zugestimmt.

„Die Inflation der Jahre 2022 und 2023 war nur ein seichter Vorgeschmack. Die Bürger sollen deshalb, so darf man schließen, bewusst in Unkenntnis gelassen werden, was der Bundestag bereits beschlossen hat beziehungsweise wofür die Grundlage gelegt worden ist und was ebenfalls... pic.twitter.com/54Y5KGmCY3

– henning rosenbusch (@rosenbusch_) February 6, 2025

Und .Apollo News schreibt dazu:

Es könnte zu einer erheblichen Steigerung des CO₂-Preises führen – von derzeit 55 Euro auf über 200 Euro pro Tonne, berichtet Cicero. Bevor das Gesetz jedoch in Kraft tritt, muss es noch vom Bundesrat genehmigt werden.

Der tagte zwar am selben Tag, und offensichtlich hat der diesem Gesetz auch zugestimmt; Sie haben das noch am selben Tag verabschiedet

Aus der Pressemitteilung des Bundeswirtschaftsministers:

Bundestag beschließt umfassende Reform des Emissionshandels

Einleitung

Der Bundestag hat heute noch ein wichtiges Gesetzesvorhaben verabschiedet und in 2. und 3. Lesung das TEHG-Europarechtsanpassungsgesetz 2024 beschlossen. Das Gesetz muss anschließend noch den Bundesrat passieren. Mit der Verabschiedung kann nunmehr die bereits im Jahr 2023 in Kraft getretene Reform des europäischen Emissionshandels in deutsches Recht umgesetzt und die Grundlagen für dessen Vollzug geschaffen werden. Damit wird für emissionshandelpflichtige Unternehmen in Deutschland nunmehr zeitnah Rechts- und Planungssicherheit für das notwendige CO2-Management gewährleistet. Zugleich wird die fortgesetzte unterbrechungsfreie Funktionsfähigkeit des EU-Emissionshandels in Deutschland sichergestellt, was nicht zuletzt für die Akzeptanz dieses zentralen europäischen Klimaschutzinstruments von enormer Bedeutung ist.

Wie CICERO mit Recht schreibt, bedeutet das u.a.

„Der Liter Super würde in der Sekunde von Silvester auf Neujahr 2027 von rund 1,85 auf ungefähr 2,30 Euro steigen.

Aus CDU und FDP hörte man ja bereits länger, dass der Markt die CO2-Problematik lösen möge. Das ist alles ein Euphemismus für drastische Verteuerungen.“

Und aus dem Protokoll des Bundestages vom 31.1.25 erfährt man

„Ich komme zur Dritte Beratung und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. –

Das sind die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die CDU/CSU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das ist die AfD-Fraktion, die FDP-Fraktion und die beiden Gruppen BSW und Die Linke. Enthaltungen? – Sehe ich nicht. Der Gesetzentwurf ist damit angenommen.“

Die Parteien, die dagegen gestimmt hat, war die Alternative für Deutschland, die FDP und die Linke und BSW. Wobei die FDP Fraktion noch bei der 1. Lesung dafür gestimmt hatte.

Fritz Vahrenholt schreibt dazu:

Das Bundesverfassungsgericht hat die CO2-Reduktionsziele in Deutschland an das Pariser Klimaabkommen gekettet, das nach dem Ausstieg der USA keinerlei Wirkung mehr hat. Die Gelegenheit, diesen Beschluss zu revidieren. Und selbstmörderische Gesetze wie das EEG abzuschaffen.

..Als Preis für das Stillhalten der Grünen erzwangen diese vom Bundeskanzler, dass das umstrittene Energieeffizienzgesetz von Rot-Grün-Gelb durch den Bundestag gewunken werden sollte. Dieses Gesetz, das ohne Übertreibung als das deutsche Deindustrialisierungsgesetz bezeichnet werden kann, wurde dann tatsächlich am 19.4.2023 durch das Bundeskabinett verabschiedet, Ende September 2023 vom Bundestag beschlossen und trat am 1.1.2024 in Kraft.

Es verfügt, dass der Energieverbrauch in Deutschland bis 2045 um 45 Prozent auf 1.400 Terawattstunden nahezu halbiert werden soll. Schon bis 2030 sollen 26,5 Prozent weniger Endenergie, also nur noch 1.876 Terawattstunden, in Deutschland verbraucht werden. Der Endenergieverbrauch in Deutschland ist in den letzten 20 Jahren bei etwa 2.500 Terawattstunden nahezu konstant geblieben, obwohl das Bruttoinlandsprodukt von 2003 auf 2023 um 87 Prozent angewachsen ist. Erst in den letzten drei Jahren ging der Endenergieverbrauch in Deutschland durch die von der Ampelregierung ausgelöste Deindustrialisierung durch Verknappen von Strom- und Gasangeboten auf 2.267,5 Terawattstunden in 2023 zurück.

Es ist völlig ausgeschlossen, dass der Endenergieverbrauch halbiert wird und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) weiter wachsen kann. Das BIP wird schrumpfen. Der Bundeskanzler, die SPD und die FDP sind von den Grünen durch das Energieeffizienzgesetz auf einen Schrumpfkurs für unser Land geführt worden.

Dieses Gesetz ist ein wahres Monstergesetz planwirtschaftlicher Prägung und wird Deutschland, wie wir es kennen, zerstören. Daher ist es überraschend, dass über dieses grüne Deindustrialisierungsgesetz und seine zwingend notwendige Aufhebung in der nächsten Legislaturperiode nicht diskutiert wird. Auf 90 Seiten wird minutios festgelegt, wie viel Prozent in jedem Bundesland Jahr für Jahr an Energie einzusparen ist und welche Einsparziele die Industrie und Haushalte zu erfüllen haben.

Jetzt muss sich jeder fragen, warum es richtig ist die Union zu wählen?

Ausplünderung der Bürger mit „Klima“: 2024 dreifache Atemluft-Steuer!

geschrieben von AR Göhring | 1. Juni 2025

zuerst veröffentlicht bei AUF1

Klimarettung, Migration, Kampf gegen rechts, Gender, das alles kostet Milliarden und Billionen Euro für überflüssige Jobs in den NGOs und im Öffentlichen Dienst. Zur Finanzierung werden die Steuern der noch Arbeitenden immer mehr erhöht. Ab Januar 2024: dreifache CO₂-Steuer!

Vor der „Atemluftsteuer“ hat der verstorbene Wissenschaftsjournalist Nigel Calder schon in den 1990er Jahren gewarnt:

„Alle Parteien der Industriestaaten, ob rechts oder links, werden die CO₂- Erderwärmungstheorie übernehmen. Dies ist eine einmalige Chance, die Luft zum Atmen zu besteuern. Weil sie damit angeblich die Welt vor dem Hitzetod bewahren, erhalten die Politiker dafür auch noch Beifall. Keine Partei wird dieser Versuchung widerstehen.“

Recht hatte er – und den Anfang machte Angela Merkel in Berlin. Da der gierige Profiteurs-Komplex immer mehr anschwillt, wird Deutschland seine Bürger ab Anfang nächsten Jahres mit gleich drei Kohlendioxid-Steuern belegen.

Dreifache Atemluftsteuer

Als erstes müssen die Bürger mehr CO₂-Steuer für Erdgas, Öl und Treibstoffe zahlen – dann 40 Euro pro Tonne des freigesetzten angeblichen Giftgases. Ein Liter Benzin oder Diesel wird sich damit sogleich um 10-12 Cent verteuern.

Als zweites kommt die CO₂-Maut für Laster. Da fast alle Waren mit LKW auf der Autobahn zum Laden transportiert werden, zahlen die Maut letztlich alle Kunden. Preis: 200 Euro pro Tonne Gas, für den Verbraucher insgesamt rund 7,6 Milliarden Euro pro Jahr

Als drittes, Gruß nach Brüssel, dürfen die Bürger auch noch einen EU-CO₂-Zoll bezahlen („Carbon Border Adjustment Mechanism“, CBAM). Er wird für die vermutliche Emissionen bei der Herstellung im Ausland erhoben und gilt für die Industrieprodukte Eisen, Stahl, Zement, Aluminium,

Elektrizität, Düngemittel und sogar Wasserstoff.

Atemluftsteuer sinnlos – selbst aus grüner Sicht

Die Klimasteuern werden von den Aktivisten und der Regierung damit begründet, dass das Verhalten der Konsumenten damit in Richtung klimaneutrale Produkte gesteuert werden soll. Ist das realistisch?

Mitnichten – die Atemluftsteuer gilt, wie der satirische Ausdruck deutlich sagt, vor allem für grundsätzliche Bedürfnisse der Bürger. Und trifft somit die untere Hälfte der Bevölkerung, die nur wenig Möglichkeiten hat, zu sparen.

Da zum Beispiel die LKW in der Masse Lebensmittel und Verbrauchsmaterial befördern, und nicht Luxus-Autos und Riesen-Flachbildschirme, werden in der Masse auch Produkte für den täglichen Bedarf teurer – und das trifft stets die kleinen Leute.

Umverteilung von unten nach oben

Gleichzeitig gibt es für die Gering- und Mittelverdiener des Landes keine Klima-Entlastung: „Uns fehlen die Einnahmen“, meinte Kanzler Scholz lapidar in Meseberg.

Warum wohl? Allein die 200 Millionen Euro für den „Kampf gegen Rechts“, die an Akademiker-NGOs gezahlt werden, könnten etlichen Geringverdiener-Familien Luft verschaffen.

Aber die Ampel-Regierung will ihre Klientel versorgen, daher die dreifache Atemluftsteuer.

Dreifach-Atemluftsteuer – der neue „Heizhammer“?

Kritische Medien können fast gar nicht so effektiv bei der Zerstörung der Grünen sein wie die Grünen selbst. Robert Habecks „Heizhammer“ wurde sogar im Sommer-Interview des ZDF mit Kanzler Scholz klar als Versagen gewertet. Kurz vorher hat Habecks Staatssekretär den Bürgern mit seiner Clanwirtschaft gezeigt, wie filzig die angeblich so moralischen Weltretter sind.

Daher wird die 3xCO₂-Steuer die Bürger noch mehr zur Opposition treiben.